



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/25 - 30. Januar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 089 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Ollenhauer: Alle Chancen nutzen !	S. 1
Jugoslawiens Stellung in der Weltpolitik	S. 3
Abschied von Marie Fuchacz	S. 6

Bonnas Pflicht zu neuer Initiative

In einer ersten Stellungnahme zu dem Briefwechsel Eisenhower-Bulganin und zu den Beschlüssen der Prager Konferenz erklärt der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer:

Der Briefwechsel zwischen dem sowjetrussischen Ministerpräsidenten Bulganin und dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower bietet eine Möglichkeit für die Wiederaufnahme der Gespräche über die Politik der internationalen Entspannung und der Abrüstung auf höchster Ebene, wenn auch zunächst nur auf schriftlichem Wege. Diese Möglichkeit ist angesichts der seit der Genfer Außenministerkonferenz eingetretenen Versteifung der internationalen Lage zu begrüßen.

Die Prager Beschlüsse der Teilnehmerstaaten des Warschauer-Vertrages vom 28. Januar 1956 zeigen die Gefährlichkeit der Entwicklung für die Sicherheit Europas und für die Aussichten einer Wiederherstellung der deutschen Einheit, wenn die gegenwärtige Politik der Militärblöcke nicht durch eine Politik der Schaffung eines vom Westen und vom Osten anerkannten und getragenen umfassenden europäischen Sicherheitssystems unter Einschluss eines wiedervereinigten Deutschlands

abgelöst wird.

Die Westmächte sollen die durch den Briefwechsel Bulganin-Eisenhower gegebene Möglichkeit benutzen, um vor allem auch im Sinne der Antwort des Präsidenten Eisenhower, in der er an erster Stelle unverzügliche Verhandlungen vorschlägt, um "Deutschland frei im Rahmen eines Sicherheitssystems zu vereinigen", eine neue Initiative zu ergreifen.

In noch höherem Masse obliegt der Regierung der Bundesrepublik die Verpflichtung, ohne Versögerung unter Ausnutzung der diplomatischen Beziehungen mit Moskau zu klären, welche konkreten Vorstellungen bei der Regierung der Sowjetunion und bei den anderen Partnern des Warschauer Vertrags über ein europäisches Sicherheitssystem unter Einschluss eines wiedervereinigten Deutschlands und über die Schritte, die zu diesem Ziel führen könnten, bestehen.

Die Grösse der Gefahr für die Sicherheit und den Frieden in Europa und für die vertiefte und unabsehbare Fortdauer der Spaltung Deutschlands, die in den Prager Beschlüssen von neuem sichtbar geworden ist, verpflichtet die Bundesregierung, unverzüglich eine solche neue Initiative zu ergreifen.

Es muss alles versucht werden zu verhindern, dass die Einschmelzung der Teile Deutschlands in die wechselseitigen Verteidigungssysteme unwiderruflich wird. Es muss angestrebt werden, eine Vereinbarung zu erreichen, durch die die Verpflichtungen der Teile Deutschlands gegenüber den beiden Verteidigungssystemen aufgehoben und ersetzt werden durch die Verpflichtungen des wiedervereinigten Deutschlands in einem von beiden Seiten der Weltmächte getragenen Sicherheitssystem.

+ + +

Belgrad und die Politik der Blöcke

1p, Belgrad

Präsident Titos Kritik am Kolonialismus und am Bagdadpakt, vorgebracht in Erklärungen und Reden um die Jahreswende auf afrikanischem und heimischem Boden, hat ihm den Unwillen eines Teils der westlichen Welt eingetragen. Der britische Botschafter hat protestiert, sein türkischer Kollege ebenfalls, beide mit dem Hinweis, die unfreundlichen Worte über Kolonialpolitik und Bagdad-Pakt seien mit jugoslawischer Neutralität unvereinbar. Seither ist in Belgrader Zirkeln und anderswo die Diskussion darüber im vollen Gange, ob es einem Staate wie Jugoslawien in seiner Balance-Stellung zwischen den beiden Blöcken angemessen ist, sich zu aussenpolitischen Themen ausserhalb seines unmittelbaren Bereiches zu äussern. Die jugoslawischen Politiker nehmen dieses Recht jedenfalls für sich in Anspruch. Sie müssen sich allerdings den Einwand gefallen lassen, dass Jugoslawiens Kommentare zum Weltgeschehen allmählich etwas einseitig geworden sind: der Osten kommt besser weg, als der Westen.

Nur hat aber die Erfahrung gezeigt, dass keine Diplomatie, weder die des einen, noch des anderen Blocks, mit Protesten in Belgrad etwas ausrichtet. Die jugoslawische Führung hat vermutlich auch gar nicht den Ehrgeiz, eine unabänderliche starre Linie zu halten. Zweifellos hat der Westen viel für Jugoslawien geleistet. Er hat Jugoslawien Jahre hindurch auch regelrecht umworben. Die Zahl prominenter Besucher, die sich darum drängten, von Marschall Tito empfangen zu werden, hatte geradezu inflationistische Ausmasse angenommen. Begreiflicherweise ergab sich daraus eine Stärkung des jugoslawischen Staatsbewusstseins und des persönlichen Selbstbewusstseins Titos und letzten Endes jene Rückenstärkung, die es der Belgrader Regierung erlaubte, Beziehungen zu Moskau wieder in Gang zu bringen, ohne Furcht, dadurch an Unabhängigkeit einzubüssen.

Die jugoslawische Auffassung, es dürfe nicht länger mehr das unbestrittene Vorrecht gewisser Grossmächte der beiden Blöcke sein, den mittleren und kleinen Staaten der Welt das Gesetz ihres Verhaltens vorzuschreiben, ist nicht zuletzt durch das westliche Verhalten gekräftigt worden. Jedoch, - für die Belgrader Realisten besteht nun eben einmal

die Welt aus zwei Blöcken und von der kompromisslosen Meinung gewisser westlicher Sphären: "wer nicht für uns ist, ist gegen uns" hält man in Belgrad nichts. Man betrachtet eine solche Konzeption als steril, ja als gefährlich und ist entschlossen, sich ihr nicht zu unterwerfen.

Doppelter Gewinn für Moskau

Erleichtert wird diese jugoslawische Ansicht durch die ungleich geschicktere Moskauer Politik, die es z.B. aufgegeben hat, gegen den Balkanpakt zu polemisieren, der Jugoslawien in einer heute nur noch lockeren Verbindung mit zwei NATO-Mitgliedern, Türkei und Griechenland hält. Moskau hat es klugerweise auch unterlassen, das jugoslawische Selbstgefühl mit - unangebrachten - abfälligen Bemerkungen über den Herbstbesuch Dulles' bei Tito zu verletzen. Vielmehr wartet Moskau förmlich heute auf diplomatische Fehlleistungen des Westens auf Belgrader Boden. Schon jetzt ergibt sich hieraus doppelter Gewinn für Moskau: Tito übt z.B. am Bagdadpakt und an der Kolonialpolitik Kritik, enthält sich dagegen kritischer Bemerkungen über das Regime in den Satelliten-Staaten, einschliesslich der DDR, - er ist zwar gegen Militärpakte im allgemeinen, erwähnt jedoch nur den Atlantik - und den Bagdadpakt, nicht aber das Warschauer Verteidigungsabkommen...

Diplomatische oder journalistische Beanstandungen des Westens über diese differenzierte Kritik werden in Moskau als zusätzliches Plus gewertet, weil man die jugoslawische Empfindlichkeit kennt und richtig auswertet. Das war nicht immer so. In dem Jahrzehnt von 1944 bis 1954 hat sich Moskau nicht im Geringsten um Jugoslawiens Stolz und Gefühl gekümmert, hat den ungehorsamen abtrünnigen Tito als Handlanger des westlichen Kapitalismus verunglimpft - und damit nichts anderes erreicht, als Jugoslawien zu noch engerem Zusammenarbeiten mit dem Westen anzu-treiben.

Diesen Fehler hat Moskau inzwischen eingesehen und ist dabei, ihn zu beseitigen, im Rahmen einer auf lange Sicht berechneten auf allen Kräftefeldern der Weltpolitik spürbaren Initiative des Kreml. Die Schicksalsfrage, ob diese Initiative dem Weltfrieden oder Weltrevolution dient, steht für die Belgrader Regierung heute wahrscheinlich weniger zur Erörterung, als die Verwirklichung eines auf absehbare

Zeit berechneten mehr oder weniger, aber jedenfalls friedlichen Zustandes. Je länger er dauert und je mehr damit ein friedlicher Wettbewerb der grossen Staaten verbunden ist, etwas zur Erhaltung des Wohlstandes der breiten Menschennassen/ auch der noch unterentwickelten Länder zu tun, um so mehr kommt eine solche Entwicklung auch jugoslawischen Wünschen entgegen. Logischerweise wird dabei ein von Kommunisten geführtes Land sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wie Jugoslawien sehr genau darauf achten, wo die grössere und zielstrebigere Bereitschaft auf dieser nach jugoslawischer Ansicht vielleicht entscheidenden Wende hervortritt - im Westen oder im Osten.

+ + +

"Bonner Komplott gegen die Pressefreiheit"

Eine belgische Stimme zum Fall Sänger

pt. Ein "Komplott gegen die Freiheit der Presse" nennt das belgische sozialistische Zentralorgan, der Brüsseler "Peuple" die Treibereien gegen den Chefredakteur der dpa, Fritz Sänger, über die das Blatt in seiner Ausgabe von Sonnabend, dem 26. Januar, ausführlich berichtet. Das Blatt fördert u.a. die Internationale Föderation der Journalisten, welche vor kurzem eine eingehende Studie über die Beschränkungen der Pressefreiheit veröffentlichte, auf, den Vorgängen um die dpa und ihres Chefredakteurs besondere Aufmerksamkeit zu widmen und sich "mit gewissen Seiten der von der Bonner Regierung betriebenen Pressepolitik zu beschäftigen." Weiter wird darauf hingewiesen, dass die Redaktionsführung durch Sänger bisher nur den Leitern der offiziellen Pressepolitik Bonn und der neuen Industriearistokratie Westdeutschland nicht gefallen habe, dass eine Ersetzung Sängers durch Männer aus nationalistischen und prohitleristischen Journalistenkreisen der früheren Hugenbergschen Agenturen und Zeitungen eine "Revanche" wäre, die einer Entfaltung der freien Presse in der Bundesrepublik sehr hinderlich sein würde. Zum Schluss wird gesagt, das Schicksal, das man dem Chefredakteur der dpa bereiten wollte, werde bezeichnend für den weiteren Kurs der deutschen Pressepolitik sein.

+ + +

Sie lebte für eine bessere Welt

Von Friedrich Stampfer

Als einer der letzten ihrer noch lebenden Kollegen vom einstigen Vorstand der Sozialdemokratischen Partei sei mir vergönnt, an dieser Stelle den Gefühlen des Schmerzes über das Hinscheiden von Marie Juchacz, dieser wahrhaft edlen Frau Ausdruck zu geben. Wer sie kannte, dem hat sich das Bild ihres Wesens und Wirkens unauslöschlich eingeprägt. Sie gehörte nicht zu den Menschen, die durch leicht gefälliges Wesen von vornherein für sich einnehmen. Die Schwere ihres Lebens haftet an ihr, nur langsam kamen die Worte über ihre Lippen. Sie liebte es, schweigend zuzuhören; aber wenn sie das Wort nahm, hatte sie auch etwas zu sagen. Ihre Art, öffentlich zu sprechen, unterschied sich wesentlich von der ihrer Vorgängerinnen in der Arbeiterbewegung, die sich bemüht hatten, es durch die Schärfe ihrer Kritik den Männern gleich zu tun, und Leidenschaftlichen zu entfesseln. Sie blieb auch als Rednerin eine Frau, deren ruhige kluge Mütterlichkeit an Herz und Verstand appellierte.

So stand sie auch an einem Februartag des Jahres 1919 vor der Nationalversammlung in Weimar als die erste Frau, die in einem deutschen Parlament als Vertreterin ihres Geschlechts das Wort ergriff. Es war ein geschichtlicher Vorgang, dessen symbolische Grösse bis zum heutigen Tage nicht recht verstanden worden ist. Da stand eine Frau, die in tiefer Armut aufgewachsen war, die als Kind andere Kinder beneidet hatte, weil es ihnen vergönnt war, eine ordentliche Schule zu besuchen, die alles, was sie wusste und konnte, sich selber verdankte, Lehrmädchen in einem Kaufmannladen, Pflegerin in einer Irrenanstalt, Heimarbeiterin, immer mit der Not des Lebens kämpfend... da stand sie nun als Gleichberechtigte, geistig Ebenbürtige in einer Versammlung deutscher Volksvertreter. Ähnlich mag es gewesen sein, als in einem Reichstag der Aristokraten, Professoren und Doktoren der Drechsler August Bebel zum ersten Mal das Wort ergriff, er, von dem das prophetische Wort stammt, dass die Zukunft dem Sozialismus und der Frau gehört.

Wie weit war es damals noch bis dahin! "Frauenspersonen, Schülern oder Lehrlingen" war in Preussen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen bis zum Jahre 1908 verboten; an politischen Versammlungen durften

sie nur in einem abgetrennten Raum, im "Segment", teilnehmen. Bis 1918 gab es noch Gesindeordnungen, die dem Dienstherrn das Züchtigungsrecht an seinen männlichen und weiblichen "Dienstboten" einräumten, sowie das Recht, kontraktbrüchiges Gesinde von der Polizei einfangen und zurückholen zu lassen. Die Gleichberechtigung der Frau war damals in der Hauptsache ein Lieblingsthema der Witzblätter, über das sich das männliche Spiessertum aller Klassen weidlich belustigte. Das alles muss man sich vor Augen halten, um zu erkennen, wie schwer der Weg der Frauen in der Nationalversammlung gewesen ist, und der Weg unserer Marie ganz besonders.

In ihrer parlamentarischen Tätigkeit - sie gehörte dann allen Reichstagen der Republik an - war sie stets eine bewusste Vertreterin des Frauentums. Es ist keine grosse Übertreibung zu sagen, dass mit ihr dieses bewusste Frauentum erst seinen Einzug in die deutsche Politik gehalten hat. Das war erst ein Anfang - was wäre der Welt erspart geblieben, wenn jener Geist der Mütterlichkeit, den sie verkörperte, auch das entscheidende Wort in der "grossen" Politik zu sprechen gehabt hätte! - Aber als das braune Barbarenreich anbrach, ging dieser gute Geist des deutschen Volkes mit Marie Juchacz in die Verbannung.

Auch ihr eigenstes Werk, die Arbeiterwohlfahrt, schien in den Stürmen jener Zeit für immer untergegangen zu sein. Es war einer der wenigen glücklichen Momente ihres Lebens, als sie es wieder auferstehen sah. Sonst gab es wohl kein Leid, das ihr als Mensch, Frau und Apostel sozialistischer Humanität erspart geblieben ist. Sie hat es schwer gehabt im Leben wie im Sterben.

Alt und krank hat sie aber noch einmal der Sache, der ihr Leben gehörte, einen grossen Dienst erwiesen. Wir verdanken ihr das schöne Buch "Sie lebten für eine bessere Welt", in dem sie uns vom Werk und Schicksal ihrer Vorgängerinnen in der sozialistischen Arbeiterbewegung berichtet. Kurz nach Vollendung dieses Werkes ist sie selber zu denen gegangen, die für eine bessere Zukunft der Menschheit geliebt, gestritten und viel gelitten haben. Wir neigen uns an ihrer Bahre in ehrfürchtigem Dank.

+ + +

Verantwortlich: Peter Rannau